



Analyse der Wahlprogramme zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern des Landesflüchtlingsrats

Aufschlüsselung der Positionen im Wahlprogramm der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (SPD) in den Bereichen Asyl, Migration und Integration

In den nachfolgenden Spalten können Sie sehen, wie sich die SPD zu dieser Grundaussage positioniert.

- ☺ = Zustimmung zur Aussage im Wahlprogramm
- ☹ = Ablehnung zur Aussage im Wahlprogramm
- 😊 = vage Antwort zur Aussage im Wahlprogramm
- ? = keine Äußerung zu dem Thema im Wahlprogramm

SPD	
Geflüchteten Zugang zu Universitäten ermöglichen	?
geflüchteten Kindern Zugang zu Kitas und Schulen ermöglichen	☺ S. 41: Flüchtlingen einen guten Start in Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen; dazu gehört das Erlernen der deutschen Sprache ebenso wie die gelungene Integration in Kitas, Schulen und den Arbeitsmarkt S. 41: wir geben die vom Bund zusätzlich für die Kinderbetreuung zur Verfügung gestellten Mittel so an die Kommunen weiter, dass sie zusätzliche Kitaplätze schaffen können; das sichert gute Chancen von Anfang an für alle Kinder
Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse	?
Geflüchteten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen	☺ S. 11: Arbeit wichtiger Baustein für die Integration in unsere Gesellschaft; deshalb Flüchtlingen schnell Perspektiven für den Arbeitsmarkt aufzeigen
Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger*innen	?
Asyl als Grund-/Menschenrecht	☺ S. 40: wie andere Grundrechte auch, darf das Recht auf Asyl nicht von der Kassenlage oder kurzfristigen Opportunitäten abhängen; es ist für uns ein selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit, dass wir Flüchtlingen, die in ihrer Heimat Krieg, Verfolgung und Gewalt ausgesetzt sind, in

	Deutschland und damit auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Schutz geben.
Migration als Chance/Bereicherung für MV	☺ S. 3: wir empfinden die Zuwanderung als Bereicherung für unser Land S. 33: wir empfinden diese Zuwanderung als Bereicherung
Keine „Obergrenze“ der Aufnahme Geflüchteter einführen	?
menschenwürdige Unterbringung/Versorgung Geflüchteter gewährleisten	☺ S. 40: für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik, die humanitären Bedürfnissen gerecht wird und die Grundrechte der Flüchtlinge als Menschen achtet; erste wichtige Aufgabe ist die Unterbringung der Flüchtlinge; die Aufnahme soll weiter zunächst in den zentralen Erstaufnahmestellen des Landes erfolgen, wo die Flüchtlinge registriert werden, eine medizinische Erstuntersuchung erhalten und ihren Asylantrag stellen können
Unterbringung alleinreisender Frauen und LGBTIQ*-Geflüchteter berücksichtigen	☺ S. 40: schutzwürdige Interessen von geflüchteten Frauen und Mädchen müssen konkret berücksichtigt werden
unbegleitete minderjährige Geflüchtete (UMFs) unterstützen	?
dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in GU`s	☺ S. 40: diejenigen Flüchtlinge, die über eine gute Bleibeperspektive verfügen, werden wir möglichst schnell zur dezentralen Unterbringung an die Kommunen weiterleiten; wer voraussichtlich nicht bleiben darf, soll bis zum Ende des Verfahrens in der Erstaufnahme bleiben
Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen/ „Willkommenskultur“	☺ S. 41: wir wollen den Flüchtlingen, die bei uns bleiben wollen und dürfen, einen guten Start in Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen; dazu gehört das Erlernen der deutschen Sprache ebenso wie die gelungene Integration in Kitas, Schulen und den Arbeitsmarkt; wir setzen dabei bewusst früh an und betreiben deshalb schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen Integrationsbüros, die mit den Integrationslotsen in den Kreisen zusammenarbeiten
zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe unterstützen	☺ S. 36: wir werden die Ehrenamtsstiftung MV weiter aktiv unterstützen und die notwendigen Mittel für ihre Arbeit im Haushalt bereitstellen; sie soll dazu beitragen, Ehrenamtlichen mehr Anerkennung zu geben, sie besser miteinander zu vernetzen, Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen und bürokratische Hürden abzubauen S. 40: die Aufnahme der zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern kommenden Flüchtlinge so gut wie möglich organisieren; das setzt ein enges Zusammenwirken von Land, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren voraus; deshalb suchen wir die enge Zusammenarbeit aller Akteure
Eintreten gegen Rassismus	☺ S. 41: keinen Dialog auf Augenhöhe mit Kräften, die zu Hass und Gewalt aufrufen; Rassismus und Fremdenfeindlichkeit lehnen wir entschieden

	ab; entsprechende Straftaten müssen mit aller Härte verfolgt werden.
Kampf gegen Rechtsradikalismus	☺ S. 33: wir wenden uns gegen alle rechtsextremen Bestrebungen im Land und stärken all jene, die für Demokratie und Weltoffenheit eintreten
Selbstorganisationen Geflüchteter und Migrant*innen unterstützen	?
Krankenkassenkarte für Geflüchtete und Geduldete schaffen	?
Dolmetscher*innen-Pools ausbauen	?
Sprachkurse ab dem 1. Tag ermöglichen	?
Beratung für Betroffene rechter Gewalt unterstützen	?
Beratungsmöglichkeiten für Geflüchtete unterstützen	☺ S. 11: wir unterstützen die Jobcenter und Agenturen für Arbeit, in dem unsere Integrationsfachdienste Migration eine zügige Beratung organisieren, die Feststellung von Kompetenzen unterstützen und ergänzend Qualifizierungen und Projekte anbieten S. 41: wir setzen bei der Integration bewusst früh an und betreiben deshalb schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen Integrationsbüros, die mit den Integrationslotsen in den Kreisen zusammenarbeiten
Abschiebungen vermeiden	☹ S. 40: wer voraussichtlich nicht bleiben darf, soll bis zum Ende des Verfahrens in der Erstaufnahme bleiben; wir setzen uns für humane Rückführungsbedingungen ein
Gegen das Konzept der „Sicheren Herkunftsstaaten“	?
AsylbLG abschaffen / Eingliederung in reguläres Sozialsystem	?
Residenzpflicht/ Wohnsitzauflage abschaffen	?